

Kommentar zum Jahreswirtschaftsbericht

Noch nicht nachhaltig

BIRGIT MARSCHALL

Nach drei Jahren Rezession und Stagnation gibt es zum Jahresbeginn 2026 gute Voraussetzungen dafür, dass nun endlich ein Konjunkturaufschwung einsetzt. Die neue Regierungsprognose von einem Prozent Wachstum fußt auf solidem Fundament, alle gängigen Vorhersagen unabhängiger Institute sehen es ähnlich. Allerdings kommt die Wirtschaft langsamer in Schwung als bislang erwartet, so dass Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) ihre bisherige Prognose leicht reduzieren musste.

Klotzen statt kleckern

Alarmierend ist, dass selbst dieses geringe Wachstum nur deshalb möglich wird, weil die Regierung massiv Schulden aufnimmt und mehr in Infrastruktur und Verteidigung investiert. Das ist nicht nachhaltig. Die Regierung muss sehr schnell sehr viel mehr tun, damit das schuldenfinanzierte Wachstum nicht einfach verpufft. Das Strohfeuer des 500-Milliarden-Sondervermögens für die Infrastruktur, die Mehrausgaben für Rüstung müssen mit Reformen flankiert werden, die private Investoren wirklich überzeugen.

Da Union und SPD bei der Suche nach den richtigen Ansätzen aber oft weit auseinander liegen, sind bisher bedauerlicherweise nur wenig überzeugende Reformkompromisse herausgekommen. Dies gilt etwa für die Aktivrente, die hohe Mitnahmeeffekte auslöst, aber den Mangel an qualifizierten Fachkräften kaum beheben wird. Um den Hebel umzulegen, muss die Regierung bei der Reformarbeit klotzen statt kleckern und wirklich große Schritte gehen.

Die 26 Vorschläge einer Kommission zur Reform des Sozialstaats in dieser Woche waren ein Anfang. Die eigentliche Herausforderung aber sind die ausufernden Kosten bei Rente, Gesundheit und Pflege. Schafft die Koalition hier überzeugende Reformen, kommen die privaten Investoren zurück – und es könnte nachhaltiger wieder aufwärts gehen.